



## Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Harald Meußgeier** und **Fraktion (AfD)**

### **Kooperativen Naturschutz entbürokratisieren und effizienter gestalten: Landwirte bei der Vergabe von Fördermitteln im Bereich der Landschaftspflege priorisieren!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Aufgaben der Landschaftspflege künftig prioritär an die bayerischen Landwirte zu übertragen. Landschaftspflegeverbände und andere Organisationen sollen nur noch dann eingesetzt werden, wenn dies nicht möglich ist.

#### **Begründung:**

Es ist an der Zeit, die umfangreiche Finanzierung der Landschaftspflegeverbände kritisch zu hinterfragen. Diese Verbände, die ihren Ursprung in Mittelfranken im Jahr 1986 haben, sind inzwischen weit verbreitet. Im Jahr 2024 wurde der 71. Verband auf Initiative des Staatsministers für Umwelt und Verbraucherschutz Thorsten Glauber gegründet, was die Verbreitung dieses Modells verdeutlicht.

Die Landschaftspflegeverbände werden dabei größtenteils aus staatlichen Geldern finanziert. Bund, Kommunen und das bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz entrichten Zahlungen an diese Verbände, damit sie Naturschutzleistungen erbringen. Der Aufschwung der Landschaftspflegeverbände korreliert dabei direkt mit dem Rückgang der kleinbäuerlichen Landwirtschaft in Bayern.

Laut Agrarbericht 2024 existierten 2023 nur noch rund 100 700 Betriebe, was einen Rückgang von 2 300 Betrieben seit 2021 darstellt. Im Jahr 2000 waren es noch über 150 000 Betriebe. Naturschutzaufgaben, die früher von landwirtschaftlichen Betrieben übernommen wurden, werden nun zunehmend von Landschaftspflegeverbänden erfüllt, und das bei hohen Kosten. Landwirte finden immer seltener Aufträge für die Pflege von besonders geschützten oder schwer zugänglichen Flächen, während Landschaftspflegeverbände davon profitieren.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass Landschaftspflegeverbände keinen wesentlichen Beitrag zu einem kooperativen Naturschutz leisten. Vielmehr sind sie symptomatisch für die wachsende Bürokratie in der Naturschutzpolitik auf Kosten der Landwirte.